

Keine normale Konjunkturerholung

Auch verfügbar auf English | Français | Español | Português



Laurence Boone,
OECD Chefökönomin

Die anziehende Konjunktur bietet Anlass zur Hoffnung. Darunter mischen sich jedoch auch Sorgen über die Unausgewogenheit dieses Aufschwungs. Während sich das globale Wirtschaftswachstum weiter erholt, kommt es immer wieder zu neuen Virusausbrüchen, die zwar seltener, dafür aber weltweit stärker verteilt auftreten. Wir rechnen für dieses Jahr mit einem globalen BIP-Wachstum von fast 6 %. Nach dem Einbruch um $3\frac{1}{2}$ % im Jahr 2020 ist das ein beachtlicher Anstieg. Dieser Aufschwung wird dafür sorgen, dass das BIP in den meisten Volkswirtschaften Ende 2022 wieder den Stand von vor der Pandemie erreichen wird. Damit ist es jedoch noch lange nicht getan. Die Weltwirtschaft bleibt hinter dem vor der Pandemie verzeichneten Wachstumskurs zurück und in zu vielen OECD-Ländern wird der Lebensstandard Ende 2022 immer noch unter dem vor der Pandemie erwarteten Niveau liegen.

Real GDP growth

% change, year-on-year, colours indicate the direction of revisions since the December 2020 Economic Outlook

↓ downward revision, by 0.3pp or more

— no change or smaller than 0.3pp

↑ upward revision, by 0.3pp or more

	2020	2021	2022		2020	2021	2022
World	-3.5 ↑	5.8 ↑	4.4 ↑	G20	-3.1 ↑	6.3 ↑	4.7 ↑
Australia	-2.5 ↑	5.1 ↑	3.4 ↑	Argentina	-9.9 ↑	6.1 ↑	1.8 ↓
Canada	-5.4 —	6.1 ↑	3.8 ↑	Brazil	-4.1 ↑	3.7 ↑	2.5 ↑
Euro area	-6.7 ↑	4.3 ↑	4.4 ↑	China	2.3 ↑	8.5 ↑	5.8 ↑
Germany	-5.1 ↑	3.3 ↑	4.4 ↑	India*	-7.7 ↑	9.9 ↑	8.2 ↑
France	-8.2 ↑	5.8 —	4.0 ↑	Indonesia	-2.1 ↑	4.7 ↑	5.1 —
Italy	-8.9 —	4.5 —	4.4 ↑	Mexico	-8.2 ↑	5.0 ↑	3.2 —
Spain	-10.8 ↑	5.9 ↑	6.3 ↑	Russia	-2.6 ↑	3.5 ↑	2.8 ↑
Japan	-4.7 ↑	2.6 ↑	2.0 ↑	Saudi Arabia	-4.1 ↑	2.8 ↓	3.8 —
Korea	-0.9 —	3.8 ↑	2.8 ↓	South Africa	-7.0 ↑	3.8 ↑	2.5 —
United Kingdom	-9.8 ↑	7.2 ↑	5.5 ↑	Turkey	1.8 ↑	5.7 ↑	3.4 —
United States	-3.5 —	6.9 ↑	3.6 —				

Das rasche Handeln der politisch Verantwortlichen hat den Weg für eine Erholung der Gesundheits- und Wirtschaftslage geebnet. Sechzehn Monate nach Beginn der Pandemie sind viele Länder nun besser in der Lage, neue Virusausbrüche zu bewältigen. Bisher wurden fast 2 Milliarden Impfdosen verabreicht und die Kapazitäten für die Erprobung, Produktion und Gabe von Impfstoffen wurden weltweit rasch ausgebaut. Dank des staatlichen Sicherheitsnetzes, das in den meisten fortgeschrittenen und einigen aufstrebenden Volkswirtschaften gespannt wurde, konnten Wirtschaftsstruktur, Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten werden. Noch nie haben politisch Verantwortliche in einer Krise so schnell und so effektiv Unterstützung geleistet – sowohl im Gesundheitsbereich, wo in Rekordzeit Impfstoffe entwickelt wurden, als auch in der Geld-, Fiskal- und Finanzmarktpolitik. Dies zahlt sich nun aus: Das Verarbeitende Gewerbe wächst stark, der Warenhandel verzeichnet dank der allmählichen Wiederöffnung der Grenzen eine deutliche Erholung und der Reiseverkehr läuft langsam wieder an. Zudem geht das Wiederhochfahren der Wirtschaft mit einem kräftigen Anstieg des Konsums und der geleisteten Arbeitsstunden einher. Dies lässt hoffen, dass die Krise keine allzu tiefen Narben hinterlassen wird.

Es gibt aber noch zu viele Hindernisse zu überwinden.

Die Impfstoffknappheit in Schwellen- und

Niedrigeinkommensländern ist extrem beunruhigend. Sie stellt für diese Volkswirtschaften eine elementare Bedrohung dar, weil sie im Vergleich zu fortgeschrittenen Volkswirtschaften weniger Kapazitäten haben, die Konjunktur zu stützen. Eine neuerliche pandemiebedingte Wachstumsabschwächung ließe sich in diesen Ländern schwerer abfedern. Dies würde eine weitere Zunahme der akuten Armut bewirken und könnte Finanzierungsprobleme für die öffentlichen Haushalte verursachen, sollte an den Finanzmärkten Besorgnis aufkommen. Ganz abgesehen von den Auswirkungen auf Menschenleben und Existenzen ist dies auch deshalb konsternierend, weil die globalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten geschlossener Grenzen um ein Vielfaches höher sind, als es kosten würde, diesen Ländern mehr Impfstoffe, Tests und sonstiges medizinisches Material zur Verfügung zu stellen.

Außerdem sind wir alle der Gefahr neuer Virusmutationen ausgesetzt, solange die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung nicht geimpft ist. Weitere Lockdowns und ein ständiges Stop-and-Go der Wirtschaft könnten das Vertrauen erheblich beschädigen. Unternehmen, die bislang viel Unterstützung erhalten haben, aber häufig stärker verschuldet sind als vor der Pandemie, könnten insolvent werden. Besonders vulnerablen gesellschaftlichen Gruppen würden weitere Beeinträchtigungen durch längere Nichterwerbstätigkeit oder Einkommenseinbußen drohen. Dies würde die Ungleichheit sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Länder verstärken und könnte eine destabilisierende Wirkung auf die Volkswirtschaften haben.

Ein neues, vieldiskutiertes Risiko ist die Gefahr einer höheren Inflation. Die Rohstoffpreise haben in letzter Zeit deutlich angezogen. Engpässe in einigen Sektoren und Handelsstörungen treiben die Preise. Diese Beeinträchtigungen sollten gegen Jahresende nachlassen, wenn sich die Produktionskapazitäten normalisieren und sich der Konsum wieder stärker von Waren auf Dienstleistungen verlagert. An

den Arbeitsmärkten bestehen nach wie vor erhebliche Kapazitätsüberhänge, die das Lohnwachstum bremsen. Solange die Inflationserwartungen fest verankert sind und das Lohnwachstum verhalten bleibt, gehen wir daher davon aus, dass die Zentralbanken die Lage zwar aufmerksam beobachten, aber über diesen vorübergehenden Preisauftrieb hinwegsehen werden. Sorge bereitet uns jedoch, dass die Finanzmärkte möglicherweise nicht über die vorübergehenden Preissteigerungen und Anpassungen der relativen Preise hinausblicken werden. Dies würde die Marktzinsen und die Volatilität in die Höhe treiben. Hier ist Wachsamkeit geboten.

Bei Engpässen in Sektoren mit stark konzentrierter Produktion, z. B. bei Halbleitern, die weite Teile der Lieferkette gefährden, sollten die Regierungen alles daransetzen, solchen Störungen entgegenzuwirken. Dazu braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit in Handelsfragen und Maßnahmen zur Diversifizierung der Bezugsquellen. Eine der wesentlichen Lehren aus dieser Krise ist, dass stärker auf die Resilienz der Lieferketten geachtet werden muss. Dies haben die extremen Preissteigerungen in Sektoren mit allzu konzentrierter Produktion deutlich vor Augen geführt. Allgemeiner betrachtet können die Regierungen den Inflationsrisiken durch Politikmaßnahmen begegnen, die das Potenzialwachstum steigern und den Wettbewerb und Handel stärken.

Trotz der anziehenden Konjunktur wäre es ein gefährlicher Irrtum zu glauben, dass die Regierungen bereits genug unternehmen, um ein höheres und besseres Wachstum zu erreichen – insbesondere wenn man bedenkt, dass eigentlich eine Dekarbonisierung erzielt werden müsste. Um Gewissheit zu schaffen, dass die staatlichen Hilfen beibehalten und gezielt eingesetzt werden, bis wieder (annähernde) Vollbeschäftigung erreicht ist, sind flexible, situationsgerecht anpassbare Maßnahmen für Menschen und Unternehmen erforderlich. Dabei ist es vor allem wichtig, die Finanzlage an sich überlebensfähiger Kleinunternehmen durch Steuerstundungen oder Zuschüsse zu

stärken. Ferner ist es entscheidend, in ausreichendem Umfang öffentliche Investitionen für den digitalen und ökologischen Wandel bereitzustellen und dafür zu sorgen, dass die Mittel rasch und effizient eingesetzt werden. Dies würde helfen, auch private Investitionen in diese Bereiche zu lenken. Darüber hinaus würde das Vertrauen gestärkt, wenn signalisiert würde, dass ein klarer, effektiver und nachhaltiger Haushaltsrahmen eingeführt werden soll und dass mittelfristige Haushaltspläne entwickelt werden. Grundlage dafür sollten Spending Reviews bilden, um zu gewährleisten, dass die Prioritäten mit den Zielsetzungen und den Bedürfnissen der Bevölkerung in Einklang stehen. Wichtig wären dabei auch Anpassungen der Besteuerung, um ein faires, effizientes und progressives Steuersystem sicherzustellen.

Die Weltwirtschaft steuert auf eine Erholung zu, dabei sind jedoch noch viele Klippen zu umschiffen. Das Risiko ist groß, dass das Wachstum nach der Pandemie zu schwach oder zu ungleich verteilt sein wird. Um dies zu vermeiden, kommt es entscheidend auf die Einführung flexibler und nachhaltiger Politikrahmen und die Qualität der internationalen Zusammenarbeit an.

Einführung, OECD-Wirtschaftsausblick